

ANZEIGE



Home > Politik > Verkehrspolitik > Stuttgart 21: Gesetz soll Großprojekte beschleunigen

Urbane

[zur Startseite](#)

al

15. Juli 2018, 15:24 Uhr Nach BER und Stuttgart 21

Verkehrsminister Scheuer will Großprojekte beschleunigen



Seit 2013 laufen die Arbeiten am Cannstatter Tunnel für den neuen Stuttgarter Tiefbahnhof. Das Foto zeigt die Arbeiten im Jahr 2016. (Foto: Johannes Simon)

Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) will ein Planungsbeschleunigungsgesetz beschließen lassen.

ANZEIGE

Es soll Bau- und Sanierungsmaßnahmen beschleunigen und Desaster wie den BER verhindern.

SPD, Opposition und Umweltschützer kritisieren das Vorhaben.

[Feedback](#)

Von *Markus Balsez, Berlin*

Der Berliner Flughafen [BER](#) oder der unterirdische Bahnhof Stuttgart 21: Wenn der Staat große Bauprojekte plant, dauert das oft Jahrzehnte. Der Bau selbst wird oft auch noch viele Jahre zu spät fertig - und deshalb auch noch viele Milliarden Euro teurer als geplant. Auch bei kleineren Straßen- oder Schienenprojekten sieht es kaum besser aus. Das Problem könnte sogar noch größer werden. Viele Fernstraßen sind in einem desolaten Zustand, zwei Drittel der Brücken sanierungsbedürftig. Auf Bahnstrecken müssten überlastete Strecken ausgebaut und 1400 Brücken erneuert werden - sonst droht die Sperrung.

Richten soll es nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* ein neues 48-seitiges Gesetz. An diesem Mittwoch will Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) vom Kabinett ein Planungsbeschleunigungsgesetz beschließen lassen, das für mehr Tempo bei Bau und Sanierung sorgen soll - und für geringere Kosten. Es sieht weitreichende Änderungen vor. So soll es Klagemöglichkeiten gegen Großprojekte und Genehmigungsverfahren verkürzen.



Auf der Baustelle des Berliner Flughafens läuft es offenbar immer noch nicht rund: Einem Bericht zufolge bereiten nun Stromversorgung und Licht Probleme. [mehr ...](#)

Ziel des Gesetzes ist ein schnellerer Start beim Bau. So sollen Behörden und Baufirmen künftig schon vor Abschluss der Genehmigungsverfahren loslegen können. Dem Entwurf zufolge ist es erlaubt, schon vor Ende des Planfeststellungsverfahrens mit Vorbereitungen für den Bau von Straßen zu beginnen. Ämter können dazu vorläufige Anordnungen erlassen.

Dazu zählt das Beseitigen von Gehölz, archäologische Grabungen oder auch die Kampfmittelbeseitigung. Das soll die Planungs- und Bauzeiten bei Bundesstraßen und Autobahnen verkürzen. Baufirmen dürfen allerdings nichts unternehmen, was sich nicht rückgängig machen lässt. Auf einen Erörterungstermin sollen Behörden laut Ministerium selbst bei solchen Vorhaben verzichten können, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

WEITERLESEN NACH DIESER ANZEIGE



Klagen gegen Großprojekte landen direkt vor dem Bundesverwaltungsgericht

Auch bei der Bahn soll sich einiges ändern. So soll der Weg durch die Instanzen bei Klagen gegen Großprojekte wegfallen. Für 41 wichtige Schienenrouten gibt es nur noch eine Klageinstanz - das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Dazu zählen etwa die Trassen in dicht besiedelten Regionen wie von Freiburg über Karlsruhe, Mannheim nach Frankfurt, die Strecke von Köln über Düsseldorf nach Dortmund oder auch die Großknoten Frankfurt, Hamburg, Köln, Mannheim, München und Hannover.

Die Bundesregierung will so verhindern, dass der oft mehrjährige Gang durch alle Instanzen Projekte zum Erliegen bringt. Das höchste Gericht entscheidet sofort. Im vergangenen Jahr hatte die große Koalition das Gleiche für fast 50 wichtige Straßenbauvorhaben beschlossen. In der Regierung ist man davon überzeugt, dass es ohne ein solches Gesetz nicht geht. Seit der Wiedervereinigung habe der Gesetzgeber mehrere Gesetzesänderungen zur Beschleunigung der Verfahren vorgenommen, heißt es in einem internen Regierungspapier. "Dennoch nehmen sie weiterhin viel Zeit in Anspruch."

Es gebe auf der einen Seite viele Mittel für den Bau. Im Haushalt seien Milliarden veranschlagt. Wirklich gebaut werde aber einfach zu wenig, heißt es im Ministerium weiter. Die Bundesregierung will im Gegenzug mehr Transparenz schaffen. So sollen "Vorhabenträger" künftig dazu verdonnert werden, "verpflichtend" alle Planunterlagen im Internet zu veröffentlichen. Damit werde die Transparenz und die Digitalisierung der Bürgerbeteiligung verbessert, heißt es in dem Entwurf weiter.

Kritik von SPD und Opposition

Die Pläne stoßen dennoch schon vor dem Start auf Kritik. Auch der Koalitionspartner ist nicht zufrieden. "Wir wollen bei den Planungen von Verkehrsprojekten schneller werden. Dafür müssen die Regeln vereinfacht und

Schritt sein. "Wir müssen da noch mutiger werden. Niemand versteht zum Beispiel, warum wir bei einem Ersatzbau einer bestehenden Brücke noch einmal ein komplettes Planfeststellungsverfahren durchlaufen müssen. Hier müssen wir diskutieren, ob wir nicht ein vereinfachtes Verfahren einführen können."

Umweltorganisationen und die Opposition lehnen weite Teile des Vorhabens dagegen rundweg ab. Sie fürchten, dass ihre Rechte eingeschränkt werden. "Wir sehen die Pläne mit großer Sorge", heißt es etwa beim Nabu. Es sei nicht hinnehmbar, dass eine Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zulasten der Umwelt gehe. "Klima- und Umweltschutz spielen bei den 1300 Straßenbauprojekten aktuell quasi keine Rolle", sagt der verkehrspolitische Leiter des BUND, Jens Hilgenberg. Statt Umweltgesetze einzuschränken, sollten Politik und Verwaltung mit Umweltschützern zusammenarbeiten, um Naturschutzkonflikte früh zu erkennen.

Doch "Vorschläge für frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sucht man im Beschleunigungsgesetz vergeblich", klagt der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Stephan Kühn. Wer Planungs- und Genehmigungsabläufe wirklich beschleunigen wolle, müsse mehr Akzeptanz schaffen. Bei wichtigen Verfahren das Bundesverwaltungsgericht zur ersten Instanz zu machen, werde zudem wohl kaum zu einer Beschleunigung führen. Kühn fürchtet: Ohne dort neue Stellen zu schaffen, werde das die Verfahren nicht verkürzen - sondern verlängern.



Stuttgart 21 wird nochmals teurer

Das Bahn-Prestigeprojekt soll nun bis zu 8,2 Milliarden Euro kosten - und erst 2025 fertig werden, bestätigt das Unternehmen. Kritiker fürchten ein ähnliches Fiasko wie beim Berliner Flughafen BER. *Von Markus Balseer* [mehr...](#)

Diskussion zu diesem Artikel auf: [Rivva](#)

Themen in diesem Artikel: [Verkehrspolitik](#) [Flughafen Berlin Brandenburg](#) [Stuttgart 21](#)

*SZ vom 16.07.2018/sjh

Das könnte Sie auch interessieren

powered by [plista](#)

ANZEIGEN



FriedWald
Das FriedWald-Konzept kennenlernen



Ford
Neuer Ford Mustang - einfach mal machen.



Volvo
Der neue Volvo V60.

Nachrichten von SZ.de



Özil-Debatte
"Tut mir leid"



Prozess
Selten redet sich eine Zeugin so um Kopf und Kragen



Brückeneinsturz in Genua
Überwachungskameras zeigen Moment des Einsturzes



FC Bayern München
Uli Hoeneß versteht die Welt nicht mehr



"Aufstehen"
Das Dilemma der Sahara Wagenknecht



Archäologie
Das Rätsel von Santorini

Mehr zum Thema



Andreas Scheuer im Interview
"Mein Wunsch ist: Keine Verbote"



Bahnhöfe in Frankreich
Lebensgefühl oder Mall



Verkehrspolitik
Die klammheimliche Erhöhung der Kfz-Steuer ist ein Unding



Diesel-Skandal
Verkehrsminister Scheuer: "Die Plakette bleibt das falsche Mittel"



Logistik
Alle Mann von Bord

VERLAGSANGEBOTE

Stellenmarkt

Vertriebs-Manager (m/w) im Außendienst

ACE Auto Club Europa e.V.
91301 Forchheim, 91301 Forchheim (Bayern), 95444 Bayreuth, 97070 Würzburg, 97421 Schweinfurt, 96047 Bamberg

Entwicklungsingenieur (m/w) Zertifizierung

KACO new energy GmbH
74172 Neckarsulm

Projektleitung (w/m) Elektrotechnik

MÜNCHENSTIFT GmbH
80331 München

Alle Angebote

Meistgelesene Artikel

Trump-Vertraute vor Gericht **Die Schande sitzt im Weißen Haus**

Knobelei der Woche **Knacken Sie das Zahlenrätsel?**

Österreich **Der Mann, der an 42 Tagen in Folge in dieselbe Radarfalle tappte**

Leser empfehlen

Ehe für alle in den USA **Die Ja-Sagerin**

Bundesagentur für Arbeit **BA-Chef: Integration von Flüchtlingen im Arbeitsmarkt läuft gut**

Leben in Dublin **Die unbezahlbare Stadt**

ANZEIGE

1 Politik Wirtschaft Panorama Sport München Bayern Kultur Gesellschaft Wissen Digital Karriere Reise Auto Stil mehr...

Datenschutz Nutzungsbasierte Onlinewerbung Mediadaten Newsletter Eilmeldungen RSS Apps AGB Jobs bei der SZ Digitale Medien Kontakt und Impressum

Copyright © Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

München 31°

Shop Jobs Immobilien Anzeigen

Login Abo

zur Startseite

SZ.de Magazin

Politik Wirtschaft Panorama Sport München Bayern Kultur Gesellschaft Wissen Digital Karriere Reise Auto Stil mehr...



Ehe für alle in den USA
Die Ja-Sagerin



Herausforderung
Demenz
Wenn der "freie Wille"
endet



Flüchtlinge
Abschiebung trotz
Ausbildung



Flüchtlinge auf dem
Arbeitsmarkt
Erst integriert, dann
abgelehnt



Neues
Personenstandsgesetz
Endlich Anerkennung
für Intersexuelle

Themen: Reden wir über Liebe #Metoo-Debatte Familie Wie ich euch sehe



Trumps Ex-Wahlkampfmanager Manafort wird in acht von 18 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Sein ehemaliger persönlicher Anwalt Cohen bekennt sich schuldig - und belastet den US-Präsidenten. Sonderermittler Mueller hat ganze Arbeit geleistet.